

# GROSSER RAT

Augustsession 2023

## Fraktionsanfrage SVP betreffend Fachkräftemangel bei der Polizei (Erstunterzeichner Krättli)

Im April 2023 hat die Bündner Regierung mitgeteilt, dass künftig auch Personen mit Niederlassungsbewilligung zur Polizeiausbildung zugelassen sind. Die Regierung begründet diesen Schritt mit dem Fachkräftemangel und dass so genügend Nachwuchs rekrutiert werden könne. Diese Mitteilung hat bei einem Grossteil der Bevölkerung für Empörung gesorgt. Die Polizei, die bisher in der Bevölkerung ein sehr grosses Vertrauen genossen hat, wurde in Frage gestellt. Eine gewisse Verunsicherung ist aufgetreten.

Dass die Kantonspolizei, wie sehr viele andere Branchen, vom Fachkräftemangel betroffen ist, ist auch für die SVP klar. Dass bei Fachkräftemangel Massnahmen ergriffen werden müssen, ist selbstverständlich. Sicherheit und Ordnung müssen jederzeit gewährleistet werden, nur dann ist unser Kanton als Arbeits- und Feriendestination attraktiv. Mit etwas Erstaunen mussten wir aber zur Kenntnis nehmen, dass die Kantonspolizei in der gleichen Zeit und trotz Fachkräftemangel Gemeinden aktiv mit dem Angebot angegangen ist, die Aufgaben der Gemeindepolizei zu übernehmen. Bereits in den letzten Jahren ist die Kantonspolizei bei vielen Gemeinden aktiv geworden und hat teilweise erfolgreich für eine Einheitspolizei geworben. Dies, obwohl sie genau dadurch mit vielen zusätzlichen Arbeiten beauftragt wird, welche keine polizeiliche Ausbildung verlangen (Parkbussen, Fahrverbote, Hundeleinenpflicht, Maskenkontrollen...). Teilweise werden diese Aufgaben von Sicherheitsassistenten ausgeführt, oft aber auch von ausgebildeten Polizisten. Für solche Aufgaben sind aber auch private Unternehmen bestens geeignet. Zudem fällt auf, dass oft gegen Ende des Budgetjahres personenaufwändige Radarkontrollen auf National- und Hauptverbindungsstrassen organisiert werden, um die Budgetvorgaben von über 12 Million Franken aus Bussen zu erfüllen. Im Gegensatz zu Radarkontrollen innerorts und an gefährlichen Stellen hat diese Massnahme sehr wenig mit Sicherheitsfragen zu tun, verlangt aber viele Arbeitsstunden.

Wir bitten die Regierung um Auskunft zu folgenden Fragen:

1. Welche weiteren Massnahmen, nebst Rekrutierung von Personen mit Niederlassungsbewilligung, wurden geprüft, um die Problematik des Fachkräftemangels zu entschärfen?
2. Wie viele Arbeitsstunden investiert die Kantonspolizei in Aufgaben, welche genauso gut durch private Unternehmungen erfüllt werden könnten?
3. Sieht die Regierung eine Chance, den Fachkräftemangel zu entschärfen, indem Gemeindepolizeiaufgaben, welche nicht mit der Sicherheit der Bevölkerung zu tun haben, wieder abgegeben werden?
4. Das ersatzlose Streichen des Budgetkontos 427011 «Bussen im Ordnungsbussenverfahren» würde den Druck auf Erreichen der Budgetvorgaben massiv senken und personalschonende Auswirkungen haben. Teilt die Regierung diese Meinung?

Chur, 2. September 2023

**Krättli**, Salis, Rauch, Adank, Brandenburger, Butzerin, Candrian, Casutt, Cortesi, Della Cà, Favre Accola, Gort, Grass, Hefti, Lehner, Metzger, Morf, Roffler, Sgier, Stocker, Weber